

DER ERMÄCHTIGUNGSMECHANISMUS

Seit bald vier Jahren kämpft Europa mit der Finanzkrise, fährt ständig schwereres Geschütz auf und versinkt immer tiefer im Schuldensumpf. Verspricht der Ende Januar verabschiedete Europäische Stabilisierungsmechanismus ESM nun endlich Besserung? Oder beschleunigt er die Zerrüttung der Demokratie? Die Antwort ist leider klar. → von Christoph Pfluger

Nach vier Jahren sind wir etwas rettungs-müde: nächtelange Konferenzen, Ent-scheide in letzter Minute, Appelle, be-ruhigende Worte und vor allem immer höhere Summen. Da man mag man nicht mehr hinhören. Aber das ist ein Fehler. Denn wer in der Demokratie schläft, wird in der Diktatur aufwachen.

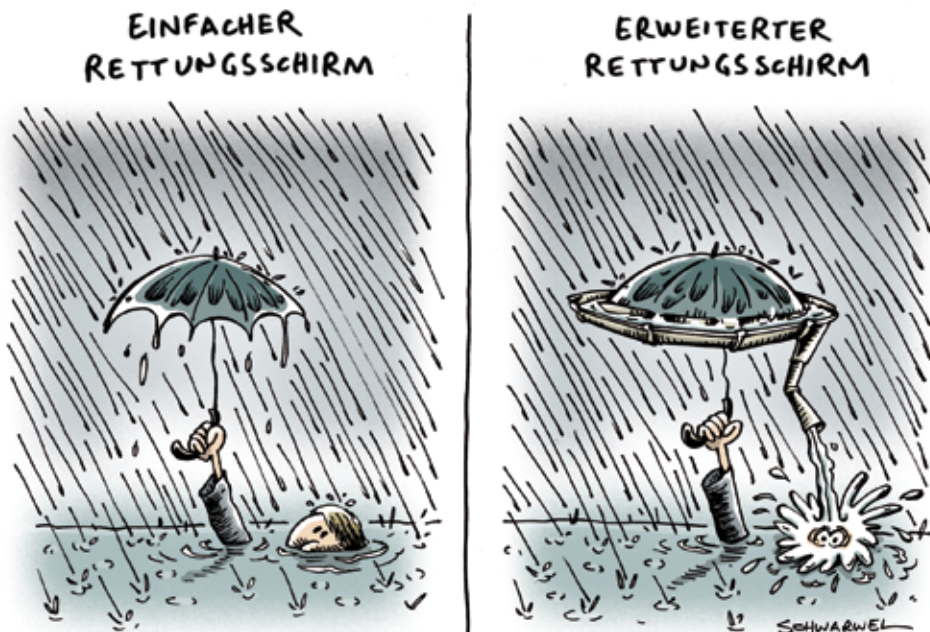
Zuerst zum Problem, das der am 31. Januar vom Europäischen Rat beschlossene ESM lösen will: Weil unser Geldsystem ständig neue Schuldner braucht und die Staaten bisher als gute Schuldner galten, haben sich ausnahmslos alle EU-Länder bis zum Hals verschuldet, einige sogar bis über die Ohren. Damit diesen nun nicht die Luft ausgeht und sie die ändern über den Vertrauensverlust in den Euro in die Tiefe reißen, sollen die Sparsamen für die Verschwend-erischen zahlen. Das ist zwar gemäss EU-Vertrag aus guten Gründen verboten, aber zur Rettung des Euros muss es wohl sein.

Der ESM etabliert nun ein Verfahren, mit dem Mittel von den reichen zu den armen Ländern umgeschichtet werden. Der ESM ist im Prinzip ein Fonds mit einem Stammkapital von 700 Mrd. Euro, von dem anfänglich 80 Mrd. Euro eingezahlt werden. Mit diesem Polster im Rücken holt sich der ESM bei den maroden Banken Kredite, die diese aus dem Nichts schöpfen. Das frische Geld wird dann an die notleidenden Staaten verteilt, die damit die (Zins-)Forderungen der Banken begleichen. Auf diesem Weg wird die Verantwortung für die Verluste der Schuldenstaaten den EU-Steuerzahlern übertragen. Man hofft, damit die Situation zu beruhigen, die hohen Zinsen der Schuldenstaaten zu senken und so wieder auf Wachstumskurs zu kommen, den unser Geld- und Wirtschaftssystem für sein

Überleben zwingend braucht. Das wird natürlich nicht funktionieren. Man kann nicht Schulden mit Schulden bezahlen, vor allem wenn darauf Zins und Zinseszins bezahlt werden muss. Das ist eine Exponentialfunktion, und die kennt kein Erbarmen. Ein Mathematiker müsste das einmal der studierten Physikerin Angela Merkel und ihren Kompagnons erklären.

Fünf deutsche Professoren (Wilhelm Hankel, Wilhelm Nölling, Karl-Albrecht Schachtschneider, Dieter Speitmann und Joachim Starbatty) die seit der Einführung des Euro mehrmals mit gut begründeten Verfassungsklagen gescheitert sind, kommen zu folgendem Fazit: «Es gibt für die Einrichtung ... [des] ESM weder eine Vertrags- oder Verfassungsgrundlage noch eine ökonomische Begründung.»

Der ESM wird sein Ziel – finanzielle Stabilität – nicht erreichen, wie alle Rettungsschirme zuvor. Davon kann man in guten Treuen ausgehen. Was aber könnte sein tiefer liegender Zweck sein? Antworten gibt der Vertrag selber, der gleichzeitig den ESM als «volle Rechtspersönlichkeit» mit «un-ingeschränkter Rechts- und Geschäftsfähigkeit» begründet (Art. 32). Geführt wird der ESM von einem Gouverneursrat (das sind die Finanzminister) mit um-fassenden Kompetenzen. Er kann das Stammkapital erhöhen (!) und «geeignete Schritte» beschliessen, um sicherzustellen, dass säumige Länder ihre Schuld gegenüber dem ESM begleichen. Der ESM vergibt seine Mittel nur unter Auflagen, z.B. einem «makroökono-mischen Anpassungsprogramm» (Art. 12), etwa mit Lohnsenkungen oder Privatisierungen (d.h. Verkauf von Volksvermögen zum Schnäppchenpreis), wie das schon der Währungsfonds mit seinen «structural adjustments» seit Jahrzehnten und mit verheerenden Folgen praktiziert. ➔



Schliesslich sind der ESM, sein Eigentum und seine Archive vor gerichtlichem Zugriff geschützt (Art. 32) und sämtliche Mitarbeiter, von den Mitgliedern des Gouverneursrats bis zu den «anderen Bediensteten des ESM» geniessen «Immunität vor der Gerichtsbarkeit».

Mit dem ESM stehen wir vor einem monströsen Gebilde, das über rund die Hälfte des Staatsbudgets seiner Mitgliedsländer verfügt, die Umverteilung innerhalb der EU fast beliebig steuert, weitgehende wirtschaftspolitische Massnahmen erzwingen kann, weder einem Souverän, noch einer demokratischen Kontrolle unterstellt ist und bei all dem umfassende Immunität geniessen. Die Medien schweigen, die Wirtschaft kuschelt, die Gewerkschaften schlafen. Der Albtraum beginnt dann, wenn wir aufwachen. ■

Buchtipp:

Occupy Money, unter diesem schlagenden Titel hat die bekannte Geldexpertin Margrit Kennedy eine eingängige Darstellung der Probleme unseres Geldsystems und möglicher Lösungen vorgelegt. Mit seinen 100 Seiten liest sich das Büchlein in einem langen Abend – gut investierte Zeit, sich mit dem grössten

Problem der Gegenwart vertraut zu machen.

Margrit Kennedy: Occupy Money – damit wir zukünftig alle die Gewinner sind. Kamphausen, 2011. 106 S., Fr. 14.30/9,95 Euro



Expressgeld statt Euroaustritt

Wie man den Krisenstaaten wieder auf die Beine helfen könnte, das zeigen Christian Gelleri und Thomas Mayer vom «Chiemgauer», dem grössten Regionalgeld Europas. Sie schlagen ein umlaufbeschleunigtes und abflussgebremstes nationales Regiogeld vor. Ihre Zusammenfassung:

Die Bewältigung der Eurokrise ist möglich. Ein sehr effektiver Weg ist das Expressgeld: – Damit können die Euro-Krisenstaaten den Geldfluss in ihren Volkswirtschaften beschleunigen (Liquiditätsoptimierung), was zu Wirtschaftswachstum, neuen Arbeitsplätzen, mehr Steuereinnahmen und mehr Unabhängigkeit vom Ausland führt.

- **Die Parlamente und Regierungen von Griechenland, Portugal oder Irland können das selbst beschliessen** und ein staatliches Regiogeld einführen, im Folgenden «Regio» genannt.

- **Der Regio ist keine eigenständige unabhängige Währung, sondern ein «Nebengeld» des Euro**, ist an diesen gekoppelt und wird zusätzlich zu diesem verwendet. Er ist durch hinterlegte Euro gedeckt und wird vom Staat zusammen mit der Notenbank in Umlauf gebracht.
- **Der Regio hat zwei Besonderheiten: Durch den Umlaufimpuls** (Nutzungsgebühr des Geldes) wird der Geldfluss beschleunigt, was die Wirtschaft antreibt. Eine Verdoppelung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes führt zu einer Verdoppelung des Bruttosozialproduktes!
- **Durch die Abflussbremse (Umtauschgebühr bei Wechsel in Euro)** bleibt das Geld im Land, stärkt die regionale Wirtschaft und reduziert das Handelsdefizit. Der Staat hat durch die Ausgabe des Regios sofort ca. 10 Prozent mehr Liquidität zur Verfügung und erhält durch den Umlaufimpuls und Abfluss-

bremse zusätzliche Einnahmen in Milliardenhöhe. Geringverdiener werden dadurch kaum belastet.

- **Regiokredite sind zinsgünstiger als Eurokredite**, was wirtschaftliche Investitionen erleichtert. – Der Regio würde bald grosse Teile des inländischen Zahlungsverkehr erfüllen.
- **Er bleibt in der Realwirtschaft, da es für ihn keine «Finanzprodukte» gibt.** – Die Länder erhalten die Vorteile einer regionalen Währung, können aber gleichzeitig im Euro bleiben – das ist die weitaus bessere Alternative zu einem katastrophalen Euro-Austritt.
- **Ein Expressgeld wird es aber nur geben**, wenn diese Idee an die Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft, Medien und Verbänden kommt und öffentlich diskutiert wird.

Das ganze 12-seitige Dokument finden Sie auf www.eurorettung.org.

500 Milliarden neues Spielgeld

Wer kann das verstehen? Während Italien für fünfjährige Staatsanleihen im Umfang von drei Milliarden Euro 6,5 Prozent Zins bezahlen muss, stellt die Europäische Zentralbank den Banken – viele davon ebenfalls in Schieflage – 500 Milliarden für drei Jahre zu einem Prozent zur Verfügung.

Die Überlegung ist folgende: Die italienischen Staatspapiere werden von den «Märkten» gekauft, d.h. den Anlegern, die das Risiko tendenziell selber tragen müssen, falls Italien nicht gerettet werden kann. Das Geld dagegen, das die EZB den Banken zur Verfügung stellt, ist nominell mit einem geringeren Risiko behaftet, indem die Banken es nur an Kreditnehmer verleihen, die es auch zurückzahlen können. Das ist die Theorie.

In der Praxis sind natürlich auch die Banken hoch gefährdet. Sie sitzen auf den Papieren von zahlungsunfähigen Staaten und können nur weiterleben, wenn diese Staaten gerettet werden oder wenn

genügend billiges Geld geschaffen wird, die maroden Papiere zu kaufen. Es ist denn auch die Erwartung von EZB-Präsident Mario Draghi, dass die Banken mit dem Geld vor allem Staatstitel kaufen und so gleichzeitig den Wert der maroden Papiere stützen, die sie bereits halten. Ein Konkurs oder eine Umschuldung dieser Staaten würde dagegen den Abschreibungsbedarf der Banken über die Schmerzgrenze hinaus treiben und könnte eine Kettenreaktion auslösen.

Das Geld, das die EZB den Banken leiht, ist neues Geld. Es musste nicht zuvor im Schweiss von irgendwelchen Angesichtern erarbeitet werden, sondern entspringt der unversiegbaren Schöpfungskraft der EZB. Aber: Man kann mit diesem Luftgeld alles kaufen, wofür Menschen hart gearbeitet haben. Und: Die Zinsmarge von sagenhaften 650 Prozent muss von den Steuerzahlern berappt werden, die dafür ebenfalls hart arbeiten müssen. Das ist Umverteilung, wie sie im Buche steht. CP

25 Autoren schreiben über Geld

Hat man uns nicht seit Kindesbeinen eingebläut, dass man über Geld nicht spricht? Obwohl wir täglich mit ihm zu tun haben, wissen die wenigsten, was es mit dem Geld auf sich hat. Woher es kommt. Welche Wirkungen es entfaltet. Wieso kann der menschliche Geist es nicht zähmen? Wieso scheint die Vereinigung von Geld und Geist nicht gelingen zu wollen? 25 Schweizer Autorinnen und Autoren sind aufgefordert worden, sich Gedanken über das Geld zu machen und die Leserschaft mit unterschiedlichsten Einblicken, Gedanken, Ansichten, Analysen, Fantastereien, Humoresken, Ideen, Visionen, Diskussionen und Wünschen zu konfrontieren. TB

Thomas Brändle u. Dominik Riedo (Hrsg.):
Über Geld schreibt man doch! Eine Pen-Club-Anthologie. Zytglogge, 2011,
272 S. Fr. 36/30.-Euro. ISBN 978-3-7296-0832-0



Geld muss ein service public werden!

Die Bundesverfassung ist eigentlich klar: Nur der Bund darf Münzen und Banknoten herausgeben. Er hat das Monopol.

Die Realität sieht anders aus: Rund 85 Prozent des Geldes werden unbar von den privaten Banken geschöpft – mit jeder Kreditvergabe.

Die Folgen sind verheerend: gefährliche Finanzblasen, exponentiell wachsende Verschuldung, Verdrängung der Realwirtschaft, Umverteilung von den Arbeitenden zu den Vermögenden, Inflationsgefahr.

Dieses Buch erklärt die Geldschöpfung durch die privaten Banken und ihre Konsequenzen. Und es schlägt vor, die Geldschöpfung auf die Nationalbank zu beschränken und an die Wirtschaftsentwicklung zu koppeln. Das Resultat ist ein sicheres, von der Bonität der Banken unabhängiges Geld, das voll durch gesetzliches Zahlungsmittel gedeckt ist. Mit dem Geldschöpfungsgewinn, der neu der Allgemeinheit zufällt, lassen sich die Staatsschulden in kurzer Zeit abbauen.

Vollgeld – eine Idee, deren Zeit gekommen ist.

Verein Monetäre Modernisierung (Hrsg.): **Die Vollgeld-Reform – wie Staatsschulden abgebaut und Finanzkrisen verhindert werden können.** Mit Beiträgen von Hans Christoph Binswanger, Joseph Huber und Philippe Mastronardi. Edition Zeitpunkt, 2012. 80 S. Fr.12.50 / Euro 9.50. ISBN: 978-3-9523955-0-9

→ Bestellkarte im Umschlag

